

BND-Affäre

Das plötzliche Ende eines Spionagechefs

Es gab reichlich Gründe, BND-Chef Schindler abzulösen. Aber warum gerade jetzt? Die Personalentscheidung dürfte auch dazu dienen, das Kanzleramt zu schützen.

Von Kai Biermann

Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes gehört zu jenen politischen Beamten, die laut Bundesbeamtengesetz jederzeit und ohne nähere Begründungen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können. Gerhard Schindler ist noch bis zum 1. Juli Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Dann muss er in eben diesen vorzeitigen Ruhestand gehen. Die Bundesregierung, genauer das Bundeskanzleramt, hat ihn abgelöst und durch Bruno Kahl ersetzt.

Die Regierung spricht von einem geordneten Übergang. Und doch kommt die Abberufung unerwartet und führt zu der Frage: Warum jetzt?

Es hätte viele Zeitpunkte und viele Gründe gegeben, Schindler als BND-Präsidenten zu ersetzen. Edward Snowden hat die ersten geliefert, als er aufdeckte, dass der BND nicht nur wusste, was die NSA in Deutschland so abhörte, sondern auch dabei half. Der NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages förderte dann mehrere weitere zutage: Die Unterstützung des BND bei dem Wunsch der NSA, an Internetkabel in Deutschland zu kommen, die Übernahme von heiklen NSA-Suchbegriffen, die Hilfe für die CIA beim Überwachen deutscher Firmen und die Suchbegriffe des BND selbst, die sogenannten Selektoren.

Der Ausschuss hat offenbart, dass es Abteilungen wie die sogenannte Technische Aufklärung gibt, die niemandem sagen, was sie tun, und die auch niemand danach fragt. Er hat belegt, dass die Aufsicht durch das Kanzleramt nicht funktioniert und dass der Dienst sich auch systematisch der demokratischen Kontrolle durch das Parlament entzieht.

Bei jeder dieser Enthüllungen wäre es nicht überraschend gewesen, den Chef der Behörde abzuberaufen. Sogar seine Gesundheit hätte man als Grund anführen können, Schindler hatte in den vergangenen Monaten körperliche Probleme und konnte beispielsweise nicht mehr fliegen.

Warum also jetzt? Diese Frage stellen sich sogar Abgeordnete aus der Regierungskoalition.

Die Bundesregierung will die Frage nicht beantworten. Einzige Begründung und auch die nur inoffiziell: Für die Herkulesaufgabe, den Dienst nach Berlin umzuziehen, ihn umzubauen und den Anforderungen der Zukunft anzupassen, brauche es einen Jüngeren. Schindler wäre in zwei Jahren sowieso in Rente gegangen.

Mehr Geld, mehr Technik, mehr Leute

Der BND wird sich in den kommenden Jahren stark verändern. Er wird technischer werden, digitaler, mehr wie die NSA und weniger wie die etwas biedere Behörde von Bastlern und Lauschern, deren Relikte gerade in einer Ausstellung über die alte Zentrale Pullach zu sehen sind.

Mehr Geld soll der Dienst bekommen, vor allem um das Internet überwachen und digitale Signale besser verstehen und verarbeiten zu können. "Strategische Initiative Aufklärung" heißt das Programm, das schon vor längerer Zeit beschlossen wurde und das Bürgerrechtlern Sorgen macht, weil es sehr weit geht. Der Dienst soll außerdem "in erheblichem Umfang" neue Stellen erhalten, wie es heißt. Mehr Kooperationen mit anderen Geheimdiensten weltweit sind gewünscht - nicht weniger, wie man angesichts des NSA-Skandals hätte erwarten können. Aus der Bundesregierung heißt es auch, dass man das "Auftragsprofil" des BND überarbeiten wolle, also die Richtung, in die der Dienst späht. Für diese Umbauten jemand Neues zu wollen, ist plausibel.

Kanzleramt schiebt die Schuld allein dem BND zu

Aber es gibt wohl noch weitere Gründe, banalere. Im Kanzleramt sei man von der scheibchenweisen Kommunikationsstrategie Schindlers zunehmend genervt gewesen, heißt es. Der Wechsel, über den schon lange nachgedacht worden sei, habe nicht wie ein Bauernopfer aussehen sollen. Deshalb erst jetzt.

Natürlich sieht es trotzdem wie ein Bauernopfer aus. Denn die Bundesregierung hat bereits vor einem Jahr begonnen, an der Legende zu stricken, allein der BND sei an der Spionageaffäre schuld. Regierungssprecher Steffen Seibert hatte im April 2015 den Anfang gemacht und gesagt, es gebe "technische und organisatorische Defizite" beim Bundesnachrichtendienst. Später schoben dann auch Thomas de Maizière und Frank-Walter Steinmeier bei ihren Aussagen im NSA-Ausschuss den Spionen alle Schuld zu. Der BND habe einfach niemanden über die Sauereien informiert, sagten sie sinngemäß.

"Schindler reicht nicht"

Martina Renner, die Obfrau der Linken im NSA-Untersuchungsausschuss, sagt denn auch: "Es reicht nicht, den Präsidenten zu tauschen. Das Kanzleramt

muss endlich Verantwortung für den unkontrollierten Dienst übernehmen." Und ihr Kollege André Hahn ergänzt, das Kanzleramt habe eklatant versagt. "Auch dort sind personelle Konsequenzen unvermeidlich und zwingend geboten. Zeitgleich mit Präsident Schindler müsste mindestens auch der zuständige Abteilungsleiter im Kanzleramt seinen Posten räumen."

Von Konsequenzen im Kanzleramt wurde bislang jedoch nichts bekannt. Der seltsame Zeitpunkt von Schindlers Abberufung führt daher zu Spekulationen. Denn die Personalie platzt mitten in die Debatte um eine mögliche Reform der gesetzlichen Grundlagen des BND. Linkspartei und Grüne fordern die seit Langem, haben auch entsprechende Entwürfe vorgelegt, die aufgrund der parlamentarischen Mehrheit aber nicht weit kamen. Aber auch die Regierungskoalition will das BND-Gesetz ändern, ja BND-Chef Schindler persönlich hatte das immer wieder eingefordert: Der BND brauche klare Regeln, um arbeitsfähig zu sein. Das Kanzleramt selbst hatte einen Entwurf vorgelegt, die SPD ein wenig daran herumgeschraubt, anschließend schienen sich beide Koalitionspartner einig zu sein. Trotzdem wurde die Novelle gestoppt. Teile der CDU hatten sich beschwert, es brauche doch gar kein neues Gesetz, klar formulierte Normen behinderten den BND nur bei seinen Kooperationen.

Teile der Union sind gegen BND-Novelle

Allerdings fordert das Bundesverfassungsgericht genau solche klaren Normen, wenn eine deutsche Behörde Daten an ausländische Stellen weitergibt. Das haben die höchsten deutschen Richter gerade in einem langen Urteil zum BKA-Gesetz klargemacht. Das sei deswegen teilweise verfassungswidrig, finden sie.

Trotzdem hatte sich vor allem Wolfgang Schäuble kritisch über eine BND-Gesetzreform geäußert. Sicherheitspolitik war schon immer sein Thema, auch wenn er derzeit Finanzminister ist. Aus Schäubles engstem Umfeld stammt nun der neue BND-Chef. "Ich hoffe, dass das kein Signal ist, die BND-Reform zu torpedieren", sagt Burkhard Lischka. Er ist der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag und sehr daran interessiert, dass der Dienst neue rechtliche Grundlagen bekommt. Sei die Gesetzesnovelle nicht wie geplant bis zum Ende des Jahres abgeschlossen, "würde das auch Auseinandersetzungen mit der SPD zur Folge haben", sagt Lischka.

Kai Biermann

Kai Biermann ist Redakteur im Team Investigativ/Daten bei ZEIT ONLINE.